
Interpellation René Kunz, SD, Reinach, vom 4. Mai 2010 betreffend Diskussion um muslimische Friedhöfe im Kanton Aargau

Text und Begründung:

Kürzlich wurde die Forderung der Koordination Islamischer Organisationen (KIOS) bekannt gemacht, dass in jedem Kanton ein muslimischer Friedhof anzulegen sei. Seit der Minarett-Abstimmung vom 29.11.2009 werden ständig neue Forderungen muslimischer Organisationen gestellt, welche jedoch durch eine deutliche Mehrheit der hiesigen Bevölkerung missbilligt werden. In diesem Zusammenhang muss auf die radikalen und verfassungswidrigen Anliegen des "Islamischen Zentralrates Schweiz (IZRS)" hingewiesen werden. Wenn unsere Wertegesellschaft kontinuierlich auf Begehren eines Teils der muslimischen Bevölkerung eingeht - welche sich im Grundsatz gegen unsere Verfassung und hiesige Rechtsordnung richten - sind Konflikte mit der einheimischen Bevölkerung nur noch eine Frage der Zeit.

Die muslimische Bestimmung, dass Verstorbene islamischen Glaubens von "Nichtgläubigen" getrennt bestattet werden müssen, ist in der Schweiz nicht vertretbar. Die muslimischen Bestattungsriten widersprechen zudem den hiesigen Normen der Grabesruhe; so dürfen z.B. Gebeine von verstorbenen Muslimen nie wieder ausgegraben werden. Besonders stossend ist auch, dass Muslime nicht in einem Gottesacker bestattet werden, wo früher schon Christen beerdigt worden sind. Das bedingt, dass ständig Friedhofserweiterungen vorgenommen werden müssten. Ausserdem stellen die muslimischen „Bestattungsvorschriften“ das hiesige Bestattungswesen massiv (Aufhebung der Sargpflicht u.a.m.) in Frage.

Hinweis: Bereits haben sich Gemeinden - u.a. die Stadt Aarau - gegen die Realisierung von muslimischen Friedhöfen auf ihrem Gemeindegebiet ausgesprochen. Das Resultat einer kürzlich in der Zeitung "Sonntag" durchgeführten Internetumfrage - in welcher sich 83 Prozent der Umfrage-Teilnehmer gegen separate muslimische Friedhöfe ausgesprochen haben - ist ein deutlicher Fingerzeig dafür, dass privilegierte muslimische Grabstätten bei der Bevölkerung nicht erwünscht sind.

In diesem Zusammenhang ersuche ich den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die Forderung der Koordination Islamischer Organisationen (KIOS), muslimische Friedhöfe in allen Kantonen zu errichten; folglich auch im Kanton Aargau? Sind solche im Kanton Aargau geplant?
 2. Teilt der Regierungsrat die Meinung eines Teils der muslimischen Gläubigen, dass eine Verweigerung eigener Friedhöfe gegen das Recht auf Religionsfreiheit verstösst?
 3. Ist der Regierungsrat nicht auch der Meinung, dass sich muslimische Gemeinschaften den demokratischen Gepflogenheiten in ihrer (neuen) Heimat anpassen sollten, statt ständig neue Forderungen nach dem Motto zu stellen: "Gib jemandem den kleinen Finger und er nimmt die ganze Hand!"
 4. Ist der Regierungsrat nicht auch der Meinung, dass eine Integration der Musliminnen und Muslime - unter "Verteidigung" ihrer islamischen Identität - in sich selbst widersprüchlich ist?
 5. Ist dem Regierungsrat bekannt, dass es im Kanton Aargau in den Gemeinden bisher Schwierigkeiten bei der Bestattung von Muslimen gegeben hat?
-